

22.09.2014

# Ein konservativer Ruck in Brandenburg?

## Thomas Nord zur Wahlniederlage der Linkspartei in Brandenburg

Die LINKE hat am 14. September in Brandenburg eine Wahlniederlage erfahren. Angenehm im Landesverband ist: niemand leugnet das. Fast alle handelnden Personen bei der Brandenburger LINKEN sind sich in diesem Punkt einig und versuchen, kritisch und selbstkritisch, aber eben auch solidarisch, die Ursachen zu analysieren und zugleich das aktuell notwendige politische Handeln nicht aus dem Auge zu verlieren. Gut ist auch: es gibt in diesen Debatten unter den Brandenburgern ausgesprochen selten Belehrungen oder Besserwisserei, sondern ernsthaftes Bemühen, Probleme zu benennen und ihre Relevanz abzuwägen. Das ist die zentrale Herausforderung, um zu richtigen Schlussfolgerungen zu kommen. Dabei fließen natürlich individuelle Positionen und Interessen in die jeweilige Betrachtung mit ein. Daher sind in der Debatte verschiedene Probleme in der Sache unstrittig, aber ihr Anteil am Wahlergebnis wird unterschiedlich bewertet.

Zu diesen Punkten gehört, dass die Mobilisierungsfähigkeit der LINKEN nicht nur in Brandenburg seit Jahren systematisch zurückgeht. Bei Bundestagswahlen gibt es diesen Trend seit 2005, also seit dem Abschwellen der Proteste gegen Hartz IV, die 2004 von der PDS aufgenommen wurden. Beginnend mit leichten Verlusten, hat diese Entwicklung der Gesamtpartei nach 2009 bis zu den Wahlen 2013 zum Verlust eines Viertels der damaligen Wählerinnen und Wähler geführt. Dieser Trend konnte bei den Kommunal- und Europawahlen im Mai des Jahres und nun bei den Landtagswahlen nicht aufgehalten werden. Die absolute Zahl der Zweitstimmen liegt bei den Europa- und den Landtagswahlen identisch bei 183 000 Stimmen. Die Partei wird im Land also zurzeit auf kommunaler-, Bundes- und Landesebene von ziemlich genau denselben Wählerinnen und Wählern gewählt - und von einem Teil derjenigen, die 2013 für uns auf Bundesebene gestimmt haben, genauso hartnäckig nicht gewählt. Diese blieben 2014 im Wesentlichen zu Hause. Bei der Landtagswahl dürfte dabei auch die scheinbare Koalitionsaussage des Ministerpräsidenten eine demobilisierende Rolle gespielt haben.

Unabhängig davon nehme ich im Landesverband ein kritisches Bewusstsein dafür wahr, dass auch Probleme in der Regierungsarbeit einen Teil der Demobilisierung verursacht haben. 2009 gab es zehn Prozent unserer Wählerinnen und Wähler, die keine Regierungsbeteiligung wollten. Sie konnten durch die Regierungspraxis nicht vom Gegenteil überzeugt werden. In der Öffentlichkeit steht dafür insbesondere die Auseinandersetzung um die Braunkohle. Die Debatte war in der Sache oft eine um die Glaubwürdigkeit der Partei. Sie überlagerte mitunter den Einsatz für andere Interessen unserer Wählerinnen und Wähler. Hinzu kam, dass sich die LINKE als Juniorpartner in der Regierung, trotz oft harten Kampfes, nicht immer durchsetzen konnte. Da ist die Blockade des Nachtflugverbots durch die Gesellschafter Bund und Berlin, das Gezerre um den BER und den Schallschutz, die langjährige Auseinandersetzung um Altanschießerbeiträge und die widersprüchliche Debatte um die Polizeireform. Dort wo Rot-Rot, nicht zuletzt durch den Einsatz der LINKEN, unzweifelhafte Erfolge generieren konnte, waren diese nicht immer vor Ort konkret erfahrbar oder wurden als selbstverständlich empfunden. Das zeigt sich beispielsweise an Debatten um Unterrichtsausfall, trotz vieler neuer Lehrerinnen und Lehrer, um Überlastung von Kitaerzieherinnen und Erzieher, trotz

vieler neuer Kolleginnen und Kollegen, um nicht geschlossene Amtsgerichte und Polizeiwachen usw.

In dieser Situation, die nicht ignoriert wurde, haben wir in den Wahlkampagnen 2014 auf unsere soziale Kernkompetenz gesetzt. Ein höherer Mindestlohn bei öffentlichen Vergaben, gute Arbeit, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Kitaerzieherinnen und Erzieher, mehr Geld für die soziale Infrastruktur der Kommunen usw. stehen dafür beispielhaft. Unsere Arbeit in den vergangenen Jahren konnte in diesen Bereichen glaubwürdig vorgetragen werden. Die Erarbeitung dieser Wahlkampagne erfolgte kollektiv, bei Mitwirkung vieler Aktiver sowohl der Landesebene und aller Kreisverbände. Viele im Landesverband haben gemeinsam mit voller Kraft und einem Spitzenkandidaten gekämpft, dessen Popularitätswerte möglicherweise gerade deshalb die bisher höchsten waren und gegen den Trend im Wahlkampf gestiegen sind. Trotzdem: Alle Kampagnen 2014 haben ihr Ziel, das Wählerpotenzial der Partei voll zu mobilisieren, verfehlt. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit entfaltet zurzeit nicht die Kraft wie in der Vergangenheit. Eine Rolle spielt dabei der gesunkene Glaube an wirkliche Veränderungen bei Betroffenen. Mir ist das gerade bei ALG 2-Empfängerinnen und -Empfängern oft begegnet.

Zu den wichtigen Gründen, warum diese Kampagnen nicht ausreichend gegriffen haben, gehört aber nicht zuletzt, dass die zentralen Themen dieses Wahlkampfes von der politischen Rechten vorgegeben wurden und auf fruchtbaren Boden fielen. Offene und verdeckte Ressentiments gegen Flüchtlinge, das Bedienen von Ängsten in den Grenzregionen, Wohlstandschauvinismus, die Propagierung autoritärer, armutsverachtender Politikmuster hatte und hat Konjunktur. AfD und Teile der CDU agierten hier oft arbeitsteilig und haben einen guten Teil des zivilisatorischen Fortschritts im Kampf für ein tolerantes Brandenburg geschliffen. Die LINKE kann diese Stimmungen nicht bedienen. Sie steht für das Gegenteil, und es ist unsere Pflicht, für ein tolerantes, weltoffenes und solidarisches Brandenburg einzutreten. In Stimmen wird sich das auf absehbare Zeit nicht auszahlen. Bei allem, was wir besser machen können, an dieser Stelle sind Kompromisse nicht möglich. Auch nicht gegenüber den Wählerinnen und Wählern die zu Hause geblieben sind, weil wir an dieser Stelle so bleiben, wie wir sind.